

Bestellung des
Geschäftsführers

Hauser Kaibling
Seilbahn- und
Liftgesellschaft m.b.H.

DARSTELLUNG DER PRÜFUNGSERGEBNISSE

Alle personenbezogenen Bezeichnungen werden aus Gründen der Übersichtlichkeit und einfachen Lesbarkeit nur in einer Geschlechtsform gewählt und gelten gleichermaßen für Frauen und Männer.

In Tabellen und Anlagen des Berichtes können bei den Summen von Beträgen und Prozentangaben durch die EDV-gestützte Verarbeitung der Daten runderungsbedingte Rechendifferenzen auftreten.

Zitierte Textstellen werden im Bericht in kursiver Schriftart dargestellt.

Landesrechnungshof Steiermark
8010 Graz, Trauttmansdorffgasse 2
T: 0316/877-2250
E: lrh@stmk.gv.at
www.landesrechnungshof.steiermark.at

Berichtzahl: LRH 10 H 1/2008-29

INHALTSVERZEICHNIS

1. PRÜFUNGSGEGENSTAND	2
2. PRÜFUNGSKOMPETENZ	3
3. PRÜFUNGSMAßSTAB UND PRÜFUNGSGRUNDLAGEN	4
3.1 Stellungnahmen zum Prüfbericht	4
4. EINHALTUNG DES STELLENBESETZUNGSGESETZES	5
4.1 Ausschreibung.....	6
4.2 Bewerbung	7
4.3 Auswahlverfahren.....	7
4.4 Bestellung.....	9
4.5 Dienstvertrag	11
5. FESTSTELLUNGEN UND EMPFEHLUNGEN	13

1. PRÜFUNGSGEGENSTAND

Der Landtag Steiermark beauftragte mit Beschluss Nr. 946 vom 7.3.2008 den Landesrechnungshof

**„im Anschluss an jede Stellenbesetzung in der Steiermark,
die dem Stellenbesetzungsgesetz unterliegt, zu prüfen,
ob die Vorschriften dieses Gesetzes eingehalten wurden und
legt in der Folge das Ergebnis jeder Prüfung gemäß
§ 28 Landesrechnungshof-Verfassungsgesetz**

[Anmerkung: § 7 seit Inkrafttreten des
Landesrechnungshof-Verfassungsgesetzes 2009 – LRH-VG am 18.3.2009]
dem Landtag vor.“

Dieser Beschluss des Landtages Steiermark wurde dem Landesrechnungshof zur weiteren Veranlassung und allen Mitgliedern der Steiermärkischen Landesregierung zur gefälligen Kenntnisnahme übermittelt. Er langte am 11.3.2008 beim Landesrechnungshof ein.

In Entsprechung dieses Beschlusses legte die Fachabteilung 12A – Tourismusförderung und Steirische Tourismus GmbH (FA12A) dem Landesrechnungshof die Unterlagen über die Bestellung des Geschäftsführers der Hauser Kaibling Seilbahn- und Liftgesellschaft m.b.H. vor.

Die Prüfung umfasste den Zeitraum des Bestellungsverfahrens des Geschäftsführers der Hauser Kaibling Seilbahn- und Liftgesellschaft m.b.H. von Februar bis Mai 2009.

Zuständiger politischer Referent ist **Herr Erster Landeshauptmann-Stellvertreter Hermann Schützenhöfer.**

2. PRÜFUNGSKOMPETENZ

Das Land Steiermark ist zu 40 % an der Hauser Kaibling Seilbahn- und Liftgesellschaft m.b.H. beteiligt. Je 30 % stehen im Eigentum der Marktgemeinde Haus im Ennstal und der Planai - Hochwurzten - Bahnen Gesellschaft m.b.H.

An der Planai - Hochwurzten - Bahnen Gesellschaft m.b.H. wiederum ist das Land Steiermark zu rund 62 % beteiligt.

Die Prüfungszuständigkeit des Landesrechnungshofes ist daher gemäß § 5 Abs. 1 Z. 2 LRH-VG gegeben.

3. PRÜFUNGSMAßSTAB UND PRÜFUNGSGRUNDLAGEN

Als Prüfungsmaßstäbe hat der Landesrechnungshof die ziffernmäßige Richtigkeit, die Übereinstimmung mit den bestehenden Vorschriften, die Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit heranzuziehen.

Es obliegt dem Landesrechnungshof auch, aus Anlass seiner Prüfungen Vorschläge für eine Beseitigung von Mängeln zu erstatten, Hinweise auf die Möglichkeit der Verminderung oder Vermeidung von Ausgaben sowie auf die Möglichkeit der Erhöhung oder Schaffung von Einnahmen zu geben (§ 4 LRH-VG).

Grundlage der Prüfung waren die Auskünfte und die von der FA12A vorgelegten Unterlagen sowie eigene Recherchen und Wahrnehmungen des Landesrechnungshofes.

Der Landesrechnungshof hebt die hohe Kooperationsbereitschaft der FA12A hervor.

3.1 Stellungnahmen zum Prüfbericht

Die Stellungnahme des **Herrn Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Hermann Schützenhöfer**, der ansonsten den Prüfbericht zur Kenntnis nimmt, ist in kursiver Schrift direkt im jeweiligen Berichtabschnitt eingearbeitet. Eine allfällige Replik des Landesrechnungshofes befindet sich nach der jeweils korrespondierenden Textstelle.

Von **Herrn Landesfinanzreferenten Landesrat Dr. Christian Buchmann** wurde der gegenständliche Prüfbericht mit dem Hinweis darauf zur Kenntnis genommen, dass keine sachliche Zuständigkeit des Landesfinanzreferenten gegeben ist.

4. EINHALTUNG DES STELLENBESETZUNGSGESETZES

Am 1.3.1998 ist das „Bundesgesetz über Transparenz bei der Stellenbesetzung im staatsnahen Unternehmensbereich (Stellenbesetzungsgesetz)“, BGBl. I Nr. 26/1998, in Kraft getreten.

Die Bestellung von Mitgliedern des Leitungsorgans (Vorstandsmitglieder, Geschäftsführer) von Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit, die der Kontrolle des Rechnungshofes unterliegen, hat nach den Vorschriften des Stellenbesetzungsgesetzes zu erfolgen.

Damit soll die Objektivierung der Stellenvergabe in staatsnahen Unternehmen gewährleistet werden.

Die Hauser Kaibling Seilbahn- und Liftgesellschaft m.b.H. ist ein Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit.

Unternehmungen unterliegen gemäß Art. 127 Abs. 3 B-VG dann der Kontrolle des Rechnungshofes, wenn das Land allein oder gemeinsam mit anderen der Zuständigkeit des Rechnungshofes unterliegenden Rechtsträgern mit mindestens 50 % des Stamm-, Grund- oder Eigenkapitals beteiligt ist.

Die Anteile des Landes Steiermark in der Höhe von 40 % an der Hauser Kaibling Seilbahn- und Liftgesellschaft m.b.H. und der anderen der Zuständigkeit des Rechnungshofes unterliegenden Rechtsträger (im vorliegenden Fall unterliegt die Planai-Hochwurzen-Bahnen Gesellschaft m.b.H. auf Grund der Beteiligung des Landes Steiermark im Ausmaß von rund 62 % – zu der noch eine Beteiligung der Republik Österreich kommt – der Rechnungshofkontrolle) werden bei der Berechnung der 50 %-Quote zusammengezählt. Gemeinsam erreichen sie mehr als 50 %. Das Unternehmen Hauser Kaibling Seilbahn- und Liftgesellschaft m.b.H. unterliegt somit der Kontrolle durch den Rechnungshof.

Das Stellenbesetzungsgesetz ist daher anzuwenden.

4.1 Ausschreibung

Der Besetzung von Leitungsfunktionen hat nach § 2 des Stellenbesetzungsgesetzes eine öffentliche Ausschreibung voranzugehen, die möglichst sechs Monate vor, spätestens jedoch innerhalb eines Monats nach Freiwerden der Stelle zu erfolgen hat.

Am Ausschreibungsprozedere war die FA12A beteiligt.

Die Generalversammlung bestellte mit Beschluss vom 24.6.2008 den Geschäftsführer der Hauser Kaibling Seilbahn- und Liftgesellschaft m.b.H. Die Bestellung und der Dienstvertrag sind mit 30.6.2009 befristet.

Mit Umlaufbeschluss der Hauser Kaibling Seilbahn- und Liftgesellschaft m.b.H. vom Februar 2009 wurde der Gesellschafter Land Steiermark bevollmächtigt, eine Ausschreibung der Geschäftsführerposition und im Anschluss daran ein Auswahlverfahren entsprechend den Bestimmungen des Stellenbesetzungsgesetzes durchzuführen. Dieser Bestellvorgang war Gegenstand der Prüfung durch den Landesrechnungshof.

Ende Februar 2009 schrieb die FA12A als Bevollmächtigte der Generalversammlung der Hauser Kaibling Seilbahn- und Liftgesellschaft m.b.H. die Stelle eines Geschäftsführers öffentlich aus.

Hinsichtlich des Zeitpunktes entsprach die Ausschreibung dem Gesetz.

Die Ausschreibung enthielt ein Anforderungsprofil mit fachlichen und persönlichen Kriterien, somit jener besonderen Kenntnisse und Fähigkeiten, die im Hinblick auf die Erfüllung der mit der ausgeschriebenen Stelle verbundenen Aufgaben von den Bewerbern erwartet werden (§ 2 Abs. 3 Stellenbesetzungsgesetz).

Über die Aufgaben des Inhabers der ausgeschriebenen Stelle gab sie Aufschluss.

Veröffentlicht wurde die Ausschreibung im Amtsblatt zur „Wiener Zeitung“ vom 27.2.2009, im „Standard“ in der Ausgabe vom 28.2./1.3.2009 und in der Zeitung „Der Ennstaler“ vom 27.2.2009.

Somit erfolgte die gemäß § 2 Abs. 4 des Stellenbesetzungsgesetzes zwingend geforderte Veröffentlichung im Amtsblatt zur „Wiener Zeitung“ und in einer zumindest bundesweit verbreiteten Tageszeitung.

Die Frist für die Überreichung der Bewerbungen endete am 31.3.2009.

Für die Überreichung der Bewerbungen ist eine Frist zu setzen, die nicht weniger als einen Monat betragen darf (§ 2 Abs. 5 Stellenbesetzungsgesetz).

Die für die Überreichung der Bewerbungen im Stellenbesetzungsgesetz im § 2 Abs. 5 vorgegebene Frist von einem Monat wurde eingehalten.

4.2 Bewerbung

Dem Gesetz entsprechend waren Bewerbungen unmittelbar an das zur Bestellung zuständige Organ (im vorliegenden Fall die FA12A als Bevollmächtigte der Gesellschafter) zu richten.

Es langten elf Bewerbungen ein.

4.3 Auswahlverfahren

Der Landesrechnungshof überprüfte das Auswahlverfahren auf Transparenz und Nachvollziehbarkeit.

Vorselektion

Die Prüfung der Bewerbungen erfolgte dahingehend, ob die Bewerber über technische und kaufmännische Kenntnisse sowie über eine mehrjährige einschlägige Berufserfahrung in leitender Funktion in einem Seilbahnunternehmen verfügen.

Auswahl

Es wurde eine Kommission gebildet, der der Leiter der FA12A als Vertreter des Gesellschafters Land Steiermark, der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Gesellschaft, ein Vertreter der Marktgemeinde Haus im Ennstal und ein Seilbahnexperte angehörten.

Am Auswahlverfahren nahm auch ein Beobachter teil.

In diesem Zusammenhang wird festgestellt, dass dem Beobachter alle relevanten Informationen im Auswahlverfahren zugekommen sind.

Nach der Vorselektion erfüllte nur ein Bewerber sämtliche Anforderungskriterien.

Die Kommission schlug daher einstimmig diesen Bewerber vor.

Dabei handelte es sich um den bisherigen Geschäftsführer.

Aus dem Aktenvermerk vom 9.4.2009 geht eine schriftliche Mitteilung der Kommission über das Auswahlverfahren sowie eine Empfehlung zur Geschäftsführerbestellung hervor, die unmittelbar darauffolgend in einen Regierungssitzungsantrag aufgenommen wurde.

Diese Informationen ergingen vorab auch an alle Gesellschafter.

Der Landesrechnungshof stellt fest, dass den Gesellschaftern Informationen über die Auswahl der Bewerber als entscheidungsrelevante Grundlage vorlagen.

Das Auswahlverfahren war transparent und nachvollziehbar.

4.4 Bestellung

Mit einstimmigem Beschluss vom 20.4.2009 hat die Steiermärkische Landesregierung den Leiter der FA12A bevollmächtigt, im Umlaufweg folgenden Antrag an die Gesellschafter der Hauser Kaibling Seilbahn- und Liftgesellschaft m.b.H. zu stellen und diesem zuzustimmen:

- 1.) *Herr Arthur Moser wird als Geschäftsführer der Hauser Kaibling Seilbahn- und Liftgesellschaft m.b.H. mit Wirksamkeit per 1.7.2009 bis 30.6.2014 bestellt;*
- 2.) *Herr Dr. Hellmuth Schnabl wird bevollmächtigt, mit Herrn Arthur Moser einen Dienstvertrag für die oben genannte Funktionsperiode auszuverhandeln und abzuschließen.*

Die Gesellschafter der Hauser Kaibling Seilbahn- und Liftgesellschaft m.b.H. stimmten diesem Antrag mit Umlaufbeschluss vom 21.4.2009 bzw. 24.4.2009 zu.

Der Gesellschaftsvertrag sieht eine Zustimmung des Aufsichtsrates

- für die Gestaltung des Dienstvertrages des Geschäftsführers
- für den Abschluss des Dienstvertrages durch den Aufsichtsratsvorsitzenden nach Genehmigung durch die Generalversammlung

nicht vor.

Es wäre vorteilhaft, für diese Arten von Geschäften im Sinne einer transparenten Kontrolle die Zustimmung des Aufsichtsrates vorzusehen.

Stellungnahme des Herrn Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Hermann Schützenhöfer:

Der Aufsichtsrat ist als Kontrollorgan installiert um die Geschäftsführung zu überwachen. Beim Abschluss von Dienstverträgen mit Geschäftsführern handelt es sich um eine Gesellschafterkompetenz. Es wäre zwar möglich, die Zustimmung des Aufsichtsrates für diese Art von Geschäften vorzusehen, allerdings ist eine diesbezügliche Kompetenzvermischung zwischen Aufsichtsrat und Gesellschaftern nach Ansicht der Fachabteilung 12A nicht unbedingt notwendig und wünschenswert.

Replik des Landesrechnungshofes:

Die Gesellschafter sind grundsätzlich für Abschluss, Abänderung und Beendigung des Dienstvertrages zuständig. Der Gesellschaftsvertrag oder die Generalversammlung können die Kompetenz zum Abschluss des Dienstvertrages jedoch einem anderen Gesellschaftsorgan, z. B. Aufsichtsrat, delegieren (Völkl in Straube

[Herausgeber], Wiener Kommentar zum GmbH-Gesetz, § 15, Rz 56) bzw. kann der Gesellschaftsvertrag dafür die Zustimmung des Aufsichtsrates anordnen.

Im Sinne einer transparenten Kontrolle hält daher der Landesrechnungshof seine Empfehlung aufrecht.

Gemäß § 5 des Stellenbesetzungsgesetzes veröffentlichte das für die Besetzung zuständige Organ den Namen der Person, mit der die Stelle besetzt wurde, und die Namen aller Personen, die an der Entscheidung über die Besetzung mitgewirkt haben, im Amtsblatt zur „Wiener Zeitung“ vom 2.5.2009, in der Ausgabe des „Standard“ vom 2./3.5.2009 und in der Zeitung „Der Ennstaler“ vom 1.5.2009.

4.5 Dienstvertrag

Das Gesetz vom 28.10.2008 über die Anwendung von Vertragsschablonen bei der Stellenbesetzung im landesnahen Unternehmensbereich (Steiermärkisches Stellenbesetzungsgesetz), LGBl. Nr. 120/2008, ist im vorliegenden Fall anzuwenden. Es trat am 23.12.2008 in Kraft.

Gemäß § 2 Steiermärkisches Stellenbesetzungsgesetz hat die Steiermärkische Landesregierung am 26.1.2009 die Verordnung über die Erlassung von Vertragsschablonen für die Stellenbesetzung in landesnahen Unternehmen (Steiermärkische Vertragsschablonenverordnung), LGBl. Nr. 18/2009, erlassen. Sie trat am 31.1.2009 in Kraft.

Im vorliegenden Fall ist die Steiermärkische Vertragsschablonenverordnung anzuwenden. In § 2 Abs. 3 und § 3 dieser Verordnung ist ein Katalog möglicher Vertragsklauseln aufgestellt. Der Vertrag darf anderstypische Klauseln nicht enthalten. Dabei handelt es sich um Beschreibungen verbindlicher Elemente für Verträge und nicht um ausformulierte Vertragstexte.

Bei Prüfung der einzelnen Vertragsklauseln kommt es demnach darauf an, ob deren Inhalt im verordneten Zulassungsbereich liegt.

Die Verordnung enthält eine 19 Punkte umfassende Aufzählung ausschließlich zu vereinbarenden Vertragselemente.

Der Landesrechnungshof überprüfte den am 29.6.2009 abgeschlossenen Dienstvertrag auf Einhaltung der Steiermärkischen Vertragsschablonenverordnung.

Der Dienstvertrag entsprach in allen Punkten der Steiermärkischen Vertragsschablonenverordnung.

Das Ergebnis der vom Landesrechnungshof durchgeführten Überprüfung wurde in der am 17./18.11.2009 abgehaltenen Schlussbesprechung ausführlich dargelegt.

Teilgenommen haben daran:

vom Büro des Herrn

Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter

Hermann Schützenhöfer:

Mag. Martin LATZKA

von der Fachabteilung 12A – Tourismus-

förderung und Steirische Tourismus GmbH:

Mag. Elisabeth SCHLÖGL

vom Landesrechnungshof:

LRH-Dir. Dr. Johannes ANDRIEU

Dr. Erich MEINX

5. FESTSTELLUNGEN UND EMPFEHLUNGEN

Der Landesrechnungshof überprüfte über Antrag des Landtages Steiermark, ob die Vorschriften des Stellenbesetzungsgesetzes eingehalten wurden.

Die Prüfung umfasste den Zeitraum des Bestellungsverfahrens des Geschäftsführers der Hauser Kaibling Seilbahn- und Liftgesellschaft m.b.H von Februar bis Mai 2009.

Nach Durchführung des Anhörungsverfahrens ergeben sich folgende Feststellungen und Empfehlungen:

Einhaltung des Stellenbesetzungsgesetzes

Ausschreibung

- Der Zeitpunkt der Ausschreibung des Alleingeschäftsführers der Hauser Kaibling Seilbahn- und Liftgesellschaft m.b.H. entsprach dem Gesetz.
- Die zwingend geforderte Veröffentlichung der Ausschreibung erfolgte im Amtsblatt zur „Wiener Zeitung“ und in einer zumindest bundesweit verbreiteten Tageszeitung.
- Die für die Überreichung der Bewerbungen im Stellenbesetzungsgesetz vorgegebene Frist von einem Monat wurde eingehalten.

Auswahlverfahren

Bewerbung

- Dem Gesetz entsprechend waren Bewerbungen unmittelbar an das zur Bestellung zuständige Organ zu richten.
- Am Auswahlverfahren nahm auch ein Beobachter teil.
- Dem Beobachter kamen alle relevanten Informationen im Auswahlverfahren zu.
- Eine schriftliche Mitteilung der Kommission über das Auswahlverfahren sowie eine Empfehlung der Geschäftsführerbestellung lag als entscheidungsrelevante Grundlage den Gesellschaftern vor.
- Das Auswahlverfahren war transparent und nachvollziehbar.

Bestellung

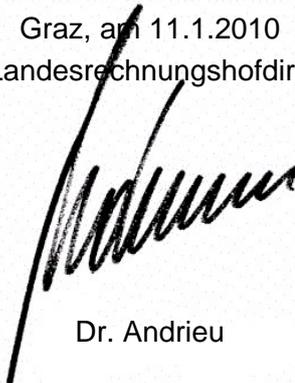
- Im Gesellschaftsvertrag ist eine Zustimmung des Aufsichtsrates
 - für die Gestaltung des Dienstvertrages des Geschäftsführers
 - für den Abschluss des Dienstvertrages durch den Aufsichtsratsvorsitzenden nach Genehmigung durch die Generalversammlung nicht vorgesehen.
- **Es wäre vorteilhaft, für diese Arten von Geschäften im Sinne einer transparenten Kontrolle im Gesellschaftsvertrag die Zustimmung des Aufsichtsrates vorzusehen.**
- Das für die Besetzung zuständige Organ veröffentliche den Namen der Person, mit der die Stelle besetzt wurde und die Namen aller Personen, die an der Entscheidung über die Besetzung mitgewirkt haben, im Amtsblatt zur „Wiener Zeitung“ und in der Ausgabe einer bundesweit verbreiteten Tageszeitung.

Dienstvertrag

- Von der Befugnis, Vertragsschablonen zu erlassen, hat das Land Steiermark durch Erlassung des Steiermärkischen Stellenbesetzungsgesetzes, LGBl. Nr. 120/2008, und der Steiermärkischen Vertragsschablonenverordnung, LGBl. Nr. 18/2009, Gebrauch gemacht. Dieses Gesetz trat am 23.12.2008 und die Vertragsschablonenverordnung am 31.1.2009 in Kraft.
- Im vorliegenden Fall fand die auf Grund des Steiermärkischen Stellenbesetzungsgesetzes verordnete Steiermärkische Vertragsschablonenverordnung Anwendung.
- Der Landesrechnungshof überprüfte daher den Dienstvertrag des Alleingeschäftsführers der Hauser Kaibling Seilbahn- und Liftgesellschaft m.b.H. auf Einhaltung dieser Vertragsschablonen.
- Der Dienstvertrag entsprach in allen Punkten der Steiermärkischen Vertragsschablonenverordnung.

Graz, am 11.1.2010

Der Landesrechnungshofdirektor:



Dr. Andrieu